DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

B 7 – 023

Weiterer Umgang mit der Landeszeitung

Beschluss des Landesvorstandes vom 06. Dezember 2019

Beschlüsse:

Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen beschließt folgenden Umgang mit der Zeitung „Sachsens Linke“:

1. Vor dem Erscheinen der ersten Ausgabe im Jahr 2020 muss der Wunsch nach weiterem Bezug der analogen, gedruckten Ausgabe explizit geäußert werden. Das Abonnement wird sonst auf die Digitalausgabe umgestellt. Die Bezieher*innen der gedruckten Ausgabe werden auch auf die Kosten des Versands/Drucks hingewiesen und explizit um eine kostendeckende Spende gebeten.
2. Umfang und/oder Erscheinungsweise der Zeitung werden ab 2020 so angepasst, dass für DIE LINKE. Sachsen keine höheren Kosten entstehen. Eine deutliche Kostenreduzierung wird angestrebt. Die genaue Entscheidung darüber wird anhand der nach Punkt a) ermittelten Werte im ersten Halbjahr 2020 getroffen.
3. Die Mitgliederkommunikation soll in Zukunft primär digital erfolgen. Die LGF wird beauftragt, dafür bis März 2020 ein entsprechendes Konzept vorzulegen. Dabei müssen entsprechende Passagen aus Antrag C.9. der 2. Tagung des 15. Landesparteitages berücksichtigt werden. Die Mitgliederkommunikation mit den älteren Mitgliedern, die Probleme mit der Nutzung digitaler Medien/Inhalte haben, soll dabei ebenfalls berücksichtigt werden.
4. Aspekte des öffentlichen, partei-externen Wirkens werden im zu erstellenden „Kommunikationskonzept für das öffentliche Wirken“ (Antrag C.6 / C.9 der 2. Tagung des 15. Landesparteitags) aufgegriffen.

Politische Botschaft: -

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Weitere Maßnahmen: -

Finanzen: 44.000 € im Jahr 2020.

Die Vorlage wurde abgestimmt mit: -

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/

Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und
Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/
Jugendkoordinator*in/ Landesinklusionsbeauftragte*r

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11 Dagegen: 2 Enthaltungen: 4
Mehrheitlich beschlossen.

F.d.R.

Dresden, 06. Dezember 2019

Janina Pfau
Landesgeschäftsführerin

Bemerkungen:

Der Einleger „Sachsens Linke“ ist bisher in der Zeitung „LINKS!“ des Vereins „Linke Bildung und Kultur für Sachsen e. V.“ erschienen. In dieser Zeitung hatten auch das KFS sowie die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag eigene Einleger. Da das KFS entschieden hat, sich am Zeitungsprojekt nicht mehr zu beteiligen, können auch die Landtagsfraktion und der Landesverband nicht mehr gemeinsam Einleger für die Zeitung des Vereins bereitstellen. Das hat zur Folge, dass die Kosten für Druck und Versand künftig allein bei der Landespartei liegen würden. In Anbetracht der geringeren Einnahmen wäre das nicht vertretbar.

Durch die Zeitung würden dem Landesverband bei Beibehaltung der bisherigen Publikation (Ausgabenanzahl, Umfang, Zahl der analogen Bezieher*innen) kosten i.H.v. ca. 75.000 € verursachen.

Für DIE LINKE. Sachsen (als auch einige Kreisverbände) steht bei der Zeitung vor allem die Kommunikation mit der eigenen Mitgliedschaft im Vordergrund. Allerdings bringt das Format „Zeitung“ dabei einige Nachteile mit sich. Der Hauptnachteil dürfte neben den Kosten der Zeitverzug der Information und die Unmöglichkeit, auf kurzfristige Ereignisse zu reagieren, sein. Hinzu kommt die nicht nur tatsächlich beschränkte Reichweite (wie bei jeder Kommunikationsform), sondern auch die potentiell beschränkte. Produktion und Versand der Zeitung erfordern weiterhin einen vergleichsweise hohen Einsatz von Arbeitsstunden.

Mit diesem Vorschlag möchten wir der Gesamtsituation Rechnung tragen. Der Vorschlag berücksichtigt dabei folgende Aspekte:

- Die Zeitung als Informationsmedium soll nicht Entfallen, bevor ein geeigneter Ersatz geschaffen worden ist
- Die anfallenden Kosten für eine Übergangsproduktion der Zeitung sollen begrenzt werden
- Die digitale nicht-Erreichbarkeit eines Teils der Mitgliedschaft soll berücksichtigt werden

Kostenkalulation

Siehe Anlage (Tabelle)

Allerdings ist die Kalkulation nur vorläufig, nicht eingespeist sind:
a) Grundkosten Post (tendenziell dadurch höhere Kosten)
b) Etwaige Reduktionen der Honorare bei Reduzierung der Ausgaben je Jahr (tendenziell dadurch geringere Kosten)
c) Einnahmen durch Spenden (tendenziell dadurch geringere Kosten)